

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Teil I: Grundlagen	21
A. Einführung	21
I. Untersuchungsgegenstand	21
1. Die Hilfsbedürftigkeit des Einzelnen als Bezugspunkt des Untersuchungsgegenstandes	21
2. Einordnung in ein Gesamtspektrum staatlich veranlassten, verpflichtenden Tätigwerdens Privater	22
II. Problemaufriss	24
B. Gang der Untersuchung	28
C. Vorüberlegungen und Begriffsklärungen	29
I. Staat und Private	30
1. Staat	30
2. Private	31
3. Die Dichotomie von Staat und Gesellschaft	35
II. Die Inanspruchnahme Privater	37
Teil II: Referenzbeispiele einer privatnützigen Inanspruchnahme Privater	40
A. Methodische Vorbemerkungen	40
I. Typenbildung als Erkenntnisziel	40
II. Wahl einer induktiven Vorgehensweise	42
III. Zweck und Nutzen für die weitere Untersuchung	43
B. Vermeintliche Referenzbeispiele	44
I. Fälle ohne privaten Empfänger	46
1. Steuerrecht	46
2. Sozialversicherungsrecht	47
3. Mitwirkung von Banken bei der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	48
4. Telekommunikationsüberwachung	49
II. Fehlende Individual- oder Gruppennützigkeit	50
1. Abfallrechtliche Pflichten	50

2. Zwangsrabatt auf Arzneimittel zulasten pharmazeutischer Unternehmen	51
3. Umlagefinanzierte Abnahme- und Vergütungspflichten gem. EEG	52
C. Tatsächliche Referenzbeispiele	54
I. Kriterien der Auswahl und Untersuchung der Referenzbeispiele	54
II. Gefahrenabwehrrecht	57
1. Darstellung	58
a) Gefahrenabwehr als auch privatnütziges Ziel polizeilichen Handelns	58
b) Kriterien der Adressatenauswahl	61
c) Ersatzansprüche	65
d) Zwischenergebnis	67
2. Analyse	67
a) Unterscheidung von Auswahlgrundlagen nach Störertyp	67
b) Entschädigungszahlungen als Instrument zur Regulierung von Folgekosten	74
3. Zusammenfassung	78
III. Zivilrechtliche Duldungs- und Aufopferungspflichten	80
1. Darstellung	80
a) Notstandsrecht	80
b) Nachbarrecht	82
c) Duldungspflichten als privatnützige Inanspruchnahmen	84
d) Entschädigungsansprüche	85
2. Analyse	87
3. Zusammenfassung	91
IV. Vertragsrecht	92
1. Darstellung	93
a) Einschränkungen bei der Mietpreisgestaltung im sozialen Mietrecht	93
b) Kontrahierungszwänge	98
2. Analyse	103
a) Einschränkungen bei der Mietpreisgestaltung im sozialen Mietrecht	103
b) Kontrahierungszwänge	106
3. Zusammenfassung	111
V. Zivilrechtliches Haftungsrecht	112
1. Darstellung	113
a) Einschränkungen des Sorgfaltsmaßstabs	113
b) Regelungen zur Verschuldensfähigkeit	116
c) Haftungshöchstsummen	118
d) Strukturelle Gemeinsamkeiten	119

2. Analyse	120
a) Einschränkungen des Sorgfaltsmaßstabs	121
b) Regelungen zur Verschuldensfähigkeit	122
c) Haftungshöchstsummen	124
3. Zusammenfassung	126
VI. Zwangsvollstreckungsrecht	127
1. Darstellung	128
2. Analyse	131
3. Zusammenfassung	135
VII. Familienrecht	135
1. Darstellung	136
2. Analyse	139
3. Zusammenfassung	143
VIII. Arbeitsrecht	144
1. Darstellung	144
a) Private und öffentliche Hand als Arbeitgeber	144
b) Betriebs- und Gefahrenschutz	145
c) Entgeltfortzahlungspflichten	147
d) Kündigungsschutz	150
2. Analyse	152
a) Fürsorgepflicht als einheitlicher Rechtfertigungsgrund?	153
b) Betriebs- und Gefahrenschutz	155
c) Entgeltfortzahlungspflichten	156
d) Kündigungsschutz	161
3. Zusammenfassung	162
D. Systematisierende Zusammenfassung und Würdigung	163

Teil III: Maßstäbe für die rechtliche Beurteilung privatnütziger  
Inanspruchnahmen Privater – zugleich ein Überblick über private  
Pflichten zur Gemeinwohlförderung 168

A. Staatsaufgaben und Individualwohlverwirklichung	169
I. Zur Relevanz der Aufgabenträgerschaft	169
II. Überblick über die Aussagen der Aufgabenlehre	172
1. Öffentliche Aufgaben	173
2. Staatsaufgaben	175
a) Ansätze zur Bestimmung von Staatsaufgaben	175
b) Typologie der Staatsaufgaben	179
c) Aufgabenverantwortung	181
3. Gesellschaftliche Aufgaben	182
4. Zwischenergebnis	184
III. Folgerungen für den Untersuchungsgegenstand	186

1. Aufgabenträgerschaft	186
a) Vorliegen einer öffentlichen Aufgabe als Voraussetzung und Grenze	186
b) Zusammenwirken von Staat und Privaten	190
2. Verantwortungszuschreibung durch Aufgabenträgerschaft?	194
IV. Zusammenfassung	195
B. Formen und Maßstäbe der Einbindung Privater in die Erfüllung öffentlicher Aufgaben	198
I. Überblick über die Beteiligung Privater an der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben	198
1. Privatisierung – Begriffsverständnis und Typologie	199
a) Gemeinsame Merkmale	199
b) Formelle Privatisierung	202
c) Materielle Privatisierung	203
d) Funktionale Privatisierung	206
2. Formen der Mitwirkung Privater an der Erfüllung öffentlicher Aufgaben	210
a) Beleihung	211
b) Verwaltungshilfe	213
c) Die Indienstnahme Privater zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben	217
aa) Der Tatbestand der Indienstnahme Privater	217
bb) Die Indienstnahme im Gesamtgefüge der Einbindung Privater in die Erfüllung öffentlicher Aufgaben	231
II. Einordnung der privatnützigen Inanspruchnahme Privater	238
1. Vorüberlegung: Differenzierung zwischen Aufgabe und Aufgabenfeld	238
2. Die privatnützige Inanspruchnahme als (materielle) Privatisierung?	241
3. Die privatnützige Inanspruchnahme als Fall der Indienstnahme?	244
4. Zwischenergebnis	247
III. Relevanz formenspezifischer Maßstäbe für privatnützige Inanspruchnahmen	248
1. Verfassungsrechtliche Vorgaben für materielle Privatisierungen	249
a) Zur Reichweite rechtlicher Privatisierungsdeterminanten	249
b) Privatisierungsfeste Kernstaatsaufgaben	250
c) Gewaltmonopol des Staates	255
d) Beamtenrechtlicher Funktionsvorbehalt gem. Art. 33 Abs. 4 GG	257
e) Sonstige Privatisierungsdeterminanten	261

f) Zwischenergebnis	261
2. Verfassungsrechtliche Vorgaben für Indienstnahmen Privater zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben	262
IV. Zusammenfassung	263
C. Die Finanzierung öffentlicher Aufgaben durch Private im Steuerstaat des Grundgesetzes	264
I. Zur Unterscheidung und Zuordnung von Sach- und Finanzierungslasten der Gemeinwohlförderung	264
II. System und Formen der Finanzierung öffentlicher Aufgaben durch Private	267
1. Steuern	267
2. Vorzugslasten	273
3. Sonderabgaben	277
4. Privatsubventionen	286
5. Formenübergreifende Charakteristika der Finanzierung öffentlicher Aufgaben durch Private	291
III. Das Steuerstaatsprinzip und seine Bedeutung für die Finanzierung öffentlicher Aufgaben	296
1. Das Prinzip des Steuerstaates im Grundgesetz – Überblick über das Meinungsspektrum	296
a) Inhaltliche Kernaussagen	296
b) Herleitung	301
aa) Unmittelbare Mitgewährleistung in explizit genannten Verfassungsbestimmungen	302
bb) Mittelbare Gewährleistung zum Schutz von Verfassungsgütern	313
2. Der normative Gehalt des Steuerstaatsprinzips	324
a) Vorgaben des Steuerstaatsprinzips für die Auferlegung von Geldleistungspflichten zur Finanzierung öffentlicher Abgaben	324
b) Zwischen deskriptiver Leerformel und normativem Grundsatz	333
3. Die Verteilung der Finanzierungslasten der Gemeinwohlförderung im Steuerstaat	334
IV. Auswirkungen des Steuerstaatsprinzips auf die Zulässigkeit privatnütziger Inanspruchnahmen Privater	337
1. Anwendbarkeit der Vorgaben des Steuerstaatsprinzips und der Sonderabgabendogmatik	337
2. Unterscheidung von Sach- und Finanzierungsdimension einer privatnützigen Inanspruchnahme	342
3. Relevanz der Einzelprinzipien des Steuerstaatsprinzips für privatnützige Inanspruchnahmen	343
a) Der Grundsatz der Lastengleichheit	344

b) Finanzverfassungsrechtliche Kompetenzordnung	347
c) Fazit	353
V. Zusammenfassung	355
D. Grundrechte und privatnützige Inanspruchnahmen Privater	357
I. Rahmenbedingungen der Prüfung der Grundrechtskonformität privatnütziger Inanspruchnahmen	358
II. Grundrechtsrelevanz von Indienstnahmen Privater zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben – Meinungsstand in Literatur und Rechtsprechung	359
1. Das Verhältnis von Dienstleistungs- und Kostentragungspflicht	359
2. Einschlägige Grundrechte	362
a) Naturalleistungspflicht	363
b) Kostentragungspflicht	376
3. Entschädigungszahlungen	381
III. Entfaltung eines eigenen grundrechtlichen Prüfungsansatzes für privatnützige Inanspruchnahmen	384
1. Getrennte Prüfung von Naturalleistungspflicht und Kostentragung	384
2. Gleichheits- oder freiheitsrechtlicher Prüfungsmaßstab?	388
3. Freiheitsrechtliche Anforderungen	396
a) Vorliegen eines Schutzbereichseingriffs	397
b) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs	399
c) Schranken-Schranken	403
d) Insbesondere: der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	405
e) Wirkungen einer Entschädigungszahlung	412
f) Zwischenergebnis	416
4. Gleichheitsrechtliche Anforderungen	418
a) Vorliegen einer verfassungsrechtlich relevanten Ungleichbehandlung	419
b) Maßstab der Rechtfertigung von Ungleichbehandlungen	423
c) Voraussetzungen der Gleichheitsgrundrechtskonformität einer privatnützigen Inanspruchnahme	435
d) Wirkungen einer Entschädigungszahlung	439
e) Zwischenergebnis	444
5. Fazit: Differenzierende Betrachtung der Teilelemente einer privatnützigen Inanspruchnahme und einzelementbezogene Bestimmung grundrechtlicher Maßstäbe und Anforderungen	446
IV. Zusammenfassung	449

Teil IV: Grundlagen einer Gemeinwohlförderungsverantwortung Privater	454
A. Erkenntnisquellen	455
B. Solidarität als verfassungsrechtliche Grundpflicht?	457
C. Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Sach- und Finanzierungsverantwortung	466
D. Verantwortungszuschreibung aus praktischen Gründen	470
I. Unmöglichkeit der effektiven Aufgabenwahrnehmung durch den Staat oder andere Private	470
II. Weit effizientere Aufgabenerfüllung durch einen Privaten	475
III. Bloße Sachnähe als unzureichende Grundlage einer Gemeinwohlförderungsverantwortung	479
E. Verantwortungszuschreibung aufgrund wertender Kriterien	486
I. Aufwandsveranlassung durch individuelle Freiheitsausübung	488
II. Individualbegünstigende Wirkung der Maßnahme	494
III. Sittlich-moralische Verpflichtung	501
F. Zusammenfassendes Fazit	513
Teil V: Resümee	517
A. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse anhand von Beispielen	517
I. Adressatenpflichten im allgemeinen Polizeirecht	518
II. Mietpreisbremse	529
B. Die privatnützige Inanspruchnahme Privater – Zeichen der Auflösung oder Ausdruck des Fortbestehens einer Dichotomie von Staat und Gesellschaft?	535
C. Ausblick	538
Literaturverzeichnis	541
Stichwortverzeichnis	561